

# Merseburger Correspondent.

Erste Ausgabe:  
Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend früh 7 Uhr.  
Inserate: Die dreizehnpf. Beitzelle 6 Pfg.  
Expedition: Mälzerstraße 8.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:  
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark  
20 Pfg. durch den Heruträger. — 1 Mark  
25 Pfg. durch die Post.

M. 32.

Donnerstag den 15. März.

1877.

## Die erste Berathung des Reichshaushalts

hat die vielerörterte Frage einer Reorganisation der Reichsbehörden wieder einmal in den Vordergrund gedrängt. Insbesondere wurde allseitig die Nothwendigkeit einer Reorganisation der Finanzverwaltung anerkannt. Schon äußerlich zeigt sich die mangelhafte Einrichtung der Finanzverwaltung des Reichs im Vergleich zu der preussischen sehr zu Ungunsten der ersteren, indem der preussische Etat jedesmal rechtzeitig fertig ist, der Reichsetat aber niemals. Man wird den Verlonen im Reichsfanzleramt daraus keinen Vorwurf machen können, sondern die Schuld liegt an der ungenügenden Organisation. Geradezu unerträglich wird der Mangel an einer wirksamen, verantwortlichen, selbstständigen, mit Initiative ausgestatteten Finanzverwaltung, wenn man einer systematischen Reform des Reichssteuerwesens, die doch jedes Jahr als eine unabwendbare Nothwendigkeit anerkannt wird, näher zu treten versucht. Es ist, wie der Abg. Kaser sagte: „Nur im Zusammenhänge des Ganzen, nur mit der klaren Uebersicht, wohin man mit dem gesammten Finanzsystem hinauswolle, kann man diese schwierige Arbeit in die Hand nehmen und dazu ist ein mit wirthlichen Attributen der Regierung ausgestatteter Repräsentant der Reichsverwaltung nothwendig, ein verantwortliches Reichsministerium, und zwar nicht dem Namen, sondern dem Inhalte und der Sache nach.“ Wenn Fürst Bismarck dagegen den Einwand machte, daß Reichsministerien ohne von der Macht eines Einzelstaates gestützt zu sein bedeutungs- und einflusslose Behörden seien, deren Ansprüche und formale Berechtigung mit ihrem praktischen Wirkungsbereich nicht im Einklang ständen, die im Kampf mit den partikularen Interessen sich aufreiben und gegenüber dem geschlossenen, auf thatsächliche Macht gegründeten Ring der Einzelstaaten ohne feste Wurzeln in der Luft schweben würden: so sind diese Bedenken gewiß sehr gerechtfertigt und das mehrfach citirte Beispiel des Reichsfinanzministeriums kann eine Warnung sein. Die Reichsämter dürfen nicht von der naturgemäßen Wurzel losgelöst werden; sie müssen in enger Verbindung mit den entsprechenden Behörden des größten Bundesstaates, Preussens, verbleiben. Das Finanz- und Verkehrswesen, die wirthschaftliche Politik des Reichs kann nur in Uebereinstimmung mit den entsprechenden preussischen Verwaltungen geleitet werden. Aber heute ist das nicht in hinlänglichem Maße der Fall. Der preussische Finanzminister sieht der Reichsfinanzverwaltung nicht anders gegenüber als der Resfordere eines beliebigen Bundesstaates; er war nicht einmal bei der Etatsberathung anwesend, und so mußte die große Frage der Finanz- und Steuerreform des Reichs verhandelt werden, ohne daß irgend eine Person klar und bestimmt und vor der Nation verantwortlich die Ziele und Grundsätze entwickelt hätte, von denen die Reichsverwaltung geleitet wird. Die Ungeklärtheit und nothwendige Unschärfe der heutigen Organisation drängt sich auf Schritt und Tritt in der überzeugendsten Weise auf und eine Reform in dieser Hinsicht ist die erste Vorbedingung, wenn wir das Finanzwesen des Reichs auf festen gesunden Grundlagen herstellen wollen. Uebrigens macht der specielle vorliegende Etat, so weit es sich bis jetzt übersehen läßt, keine

erheblichen Schwierigkeiten; es wird gelingen, in der früher angedeuteten Weise, durch leichte Finanzoperationen und einige Ersparnisse das Deficit um mindestens die Hälfte zu verringern und die Materialarbeitsbeiträge auf einen so geringen Mehretrag herabzusetzen, daß die Einzelstaaten nicht allzu sehr beschwert werden.

## Deutschland.

Berlin. Der Kaiser und die Kaiserin hatten sich am Sonnabend Vormittag nach dem Augusta-Hospital begeben, um in der dortigen Capelle dem Gottesdienste beizuwohnen. Nachmittags unternahm der Kaiser und die Kaiserin Spazierfahrten und folgten dann einer Einladung des Kronprinzen und der Kronprinzessin zum Diner. Abends wohnte der Kaiser der Vorstellung im Opernhaus bei.

Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers haben ihre Ankunft in Berlin, dem Vernehmen nach, bereits angemeldet: der König und die Königin von Sachsen, der Großherzog und die Großherzogin von Baden nebst Familie, der Herzog, die Herzogin und die Prinzessin Elisabeth von Anhalt, der Prinz Friedrich der Niederlande, der Fürst zu Wied, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Hohenzollern und der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt u. Außerdem steht aber zu diesem Tage die Ankunft noch vieler anderer Gäste zu erwarten, so daß zu den diesjährigen Geburtsstagsfeierlichkeiten die auswärtigen Fürstlichkeiten zahlreich vertreten sein werden.

Dem Vernehmen nach werden am 29. April, dem Gründonnerstage, die Prinzessin Charlotte, geb. 24. Juli 1860, der Prinz Heinrich, geb. 14. August 1862, Kinder des Kronprinzen und der Kronprinzessin und die jüngste Tochter des Prinzen und der Prinzessin Friedrich Karl, Prinzessin Luise Margarethe, geb. 25. Juli 1860, in der Capelle des hiesigen königl. Schlosses confirmirt werden. Wie alljährlich, wird auch die gesammte königl. Familie an diesem Tage zur Abendmahlsfeier vereint sein.

Prinz Karl und Prinzessin Elisabeth sind, von Catania und Syrakus aus, mit der königlich italienischen Dampfschiff „Messaggiera“ zu dreitägigem Aufenthalte in Malta eingetroffen.

Die letzte Sonnabend-Soirée beim Fürsten Bismarck war ungewöhnlich zahlreich besucht; außer den Damen des Bismarckschen Hauses waren auch die Gemahlinnen mehrerer Minister und Abgeordneten anwesend. Man unterhielt sich sehr zwanglos über die Sonnabend-sitzung des Reichstages und über viele Tagesfragen.

Wie die „Post“ hört, hat der Justizaus-schuß des Bundesrathes nunmehr beim Plenum sein Votum dahin abgegeben, daß mit der Prüfung der Rechtsfrage und dem Erlaße des Rechtsspruches in der Berlin-Dresdener Bahnangelegenheit der höchste Gerichtshof der drei reinen Hansestädte, das Ober-Appellationsgericht in Lübeck, betraut wird, und es erscheint nicht zweifelhaft, daß der Bundesrath diesem Vorschlage sich anschließen wird.

Als Thatsache wird im Reichstage aus-gegeben, daß der Chef der Marineverwaltung, Minister v. Stosch, am Montag seine Ent-

lassung erbeten habe. Veranlaßt wurde er zu diesem Schritt, wie es weiter heißt, durch die Kritik des Fürsten Bismarck über die Marineverwaltung in der Sitzung am letzten Sonnabend. Man erzählt, der Abg. Graf Wolke lasse es sich angelegen sein, den ausgebrochenen Conflict auszugleichen. In seiner letzten Sonnabendrede hatte der Fürst kein Gehl daraus gemacht, daß ihm der Minister v. Stosch consequent widerstrebt und daß er, der Fürst, auf die Entscheidungen des Chefs der Marineverwaltung keinen Einfluß auszuüben vermocht hätte. In dieser Darlegung des Kanzlers soll der Minister v. Stosch ein zu rücksichtsloses Urtheil über seine Geschäftsführung erblickt haben.

Die Montags-Verhandlungen des Reichstages über den Haushaltsetat erstreckten sich zugleich auf den Antrag Richter (Hagen), welcher eine Reihe von Ausgaben auf den Invalidenfonds anweisen will. Eine Episode bildeten die von Abgeordneten Besançon, dem früheren Bürgermeister von Metz, unter lautloser Stille verlesenen Klagen über die Lage von Lothringen. Der conservative Abgeordnete v. Kleist-Resow unterhielt das Haus mit einer sprudelnden Lobrede auf die indirecten Steuern.

Die Interpellation Richter-Weissen wegen Revision der Gewerbe-Ordnung wurde, nachdem der Interpellant sie durch ein ebenso allgemein gehaltenes wie düsteres Stimmungsbild begründet hatte, von dem Präsidenten des Reichsfanzleramts im Wesentlichen dahin beantwortet, daß die Regierungen in der gegenwärtigen Session nur ein unbedeutendes Gesetz wegen Ergänzung des Verzeichnisses der concessionspflichtigen Gewerbeunternehmungen, später aber einige weitere Vorschläge auf Grund der gemachten Enquete vorzulegen gedächten. Der übermäßigen Ausdehnung des Haufhandels durch Ausländer sei neuerdings durch eine Verordnung begegnet worden. Aus der sehr unterhaltenden, aber wenig fruchtbaren Debatte sei nur noch die Erklärung des Abg. Kaser, welche derselbe Namens einer Anzahl seiner Parteigenossen abgab, hervorgehoben: daß sie auf dem Boden der Gewerbeordnung stehend, das Bedürfnis anerkennen, die beserbende Hand anzulegen, und deshalb damit beschäftigt seien, Grundlagen für ein Gesetz zur Ergänzung einzelner Lücken vorzubereiten, daß sie sich aber dabei auf diejenigen Punkte beschränken würden, welche für eine solche Behandlung bereits reif seien, in erster Linie die Lehrlingsfrage. Sie seien sich aber der Schwierigkeiten vollaus bewußt, und er bitte deshalb, die Berathung des von conservativer Seite eingebrachten Gesetzentwurfs noch eine kleine Weile hinauszuschieben.

In der Sitzung vom Dienstag beschäftigte sich der Reichstag mit der Interpellation des Abg. von Komierowski, betr. die seit dem 27. November 1876 andauernde Haft des Rebateurs Dr. Kantack in Posen wegen Zeugnisverweigerung, und trat hierauf in die zweite Etatsberathung ein. An der Debatte über den Etat des Reichsfanzleramts, wobei die Frage der verantwortlichen Reichsminister vom Abg. Hänel aufgeworfen wurde, theilnahmen sich auch der Reichsfanzler Fürst Bismarck, die Abgg. Kaser,

Dr. Beseler und v. Kleist-Regow und wurde am Schluß der Betr. Satz genehmigt.

Die Haltung der elsässischen Autonomisten im Reichstag entspricht ganz den günstigen Erwartungen, die man ihnen von Anfang an entgegengebracht. Sie haben im Gegensatz zu ihren ultramontanen und protektionistischen Landsleuten und Kollegen das Bestreben, unnütze und aufreizende Demonstrationen zu vermeiden, die Politik der unfruchtbarsten grundrätlichen Opposition zu verlassen und statt dessen die praktischen Interessen ihres Landes durch thätige Arbeit und Verständigung mit den ihnen nächststehenden Parteien des Hauses zu fördern. Einer dieser Abgeordneten, Herr Bergmann, hat sich bereits von den Nationalliberalen in die Patentcommission entsenden lassen. Sodann haben sie dieser Tage innerhalb der nationalliberalen Fraction ihre Meinungen über den Gesetzentwurf betreffend Uebertragung gesetzgeberischer Befugnisse an den elsässisch-französischen Landesauschuß dargelegt und es ist darüber zu einer Verständigung gekommen, welche die Annahme des Gesetzes, wenn auch in veränderter Gestalt, in Aussicht stellt. Man darf danach das Vertrauen haben, daß die fünf Autonomisten in loyaler und sachlicher, das Wohl ihres Heimathlandes und des Reichs fördernder Arbeit ihre Aufgabe erfüllen. Wer möchte diesen gewaltigen Fortschritt gegen die frühere reichsländische Vertretung verfehlen!

An maßgebender Stelle im Reichkanzleramt hat man die Hoffnung auf Erledigung des Haushalts vor Diten noch nicht aufgegeben und hegt man den lebhaften Wunsch, die auf rechtzeitige Erledigung gerichteten Bestrebungen des Reichstagspräsidenten gelingen zu sehen.

Es kann mit einiger Bestimmtheit schon jetzt behauptet werden, daß die Mehrheit des Reichstages in der Frage über den Sitz des Reichsgerichts für Leipzig sich erklären wird.

Dem Ansehen nach wird der Reichstag die Wahl des Abg. Hafenclever (Berlin) für gültig erklären. Man weiß, daß Dr. v. Schwarze (Dresden) die im sechsten Berliner Wahlbezirk vorgekommene Unregelmäßigkeit als etwas außerhalb des Wahlkreises liegendes gekennzeichnet und nachgewiesen hat, daß, wenn wegen Ausschließung mehrerer Wähler von der Wahl die vollzogene Wahl ungültig sein sollte, viele Mandate der rechtlichen Basis entbehren würden.

In dem Beleidigungsproceß gegen den vor-maligen Legationssecretär Loë in Paris, den Redacteur Greflen und den früheren Legationsrath Grafen Hermann Arnim verurtheilte das Berliner Stadtgericht Loë zu einjähriger, Greflen zu fünfjähriger und Arnim zu dreimonatlicher Gefängnisstrafe.

Der Kreis und die Stadt Chodzieszen im Regierungsbezirk Bromberg werden in Folge allerhöchster Bestimmung fortan den Namen Kreis und Stadt „Kolmar in Polen“ führen.

### Orientalische Angelegenheiten.

**Türkei.** In den dieser Tage stattgehabten Sitzungen des Ministerrathes wurde über die Forderungen der montenegrinischen Delegirten berathen. Die Minister erklärten, wie auch schon früher, in die Abtretung des Districtes von Nikke und in die der albanischen Gebietsheile auf dem rechten Ufer der Moiaezza nicht willigen zu können. Die Eröffnung des Parlamentes ist durch offizielle Anzeige auf Montag vertagt, um den Deputirten aus den entlegeneren Provinzen ein rechtzeitiges Eintreffen zu ermöglichen. Die türkischen Journale fahren fort, jede Gebietsabtretung an Montenegro zu bekämpfen. Die fremden Geschäftsträger, namentlich der englische, bemühen sich, zwischen der Porte und den montenegrinischen Delegirten ein Einvernehmen herbeizuführen.

Reisende, die aus Bosnien kommen, schildern die Stimmung der christlichen Bevölkerung im Großen und Ganzen als nicht besonders erregungslustig. Wenn trotzdem die umherstreifenden und werbenden Inzurgenten Anhang finden, so sind es nur die fortgesetzten Gewaltthatigkeiten der dafür straflos ausgehenden Mohamedaner, welche viele Christen dazu treiben, die Reihen der Inzurgenten zu verstärken. Die Führer unter den Begs haben

soeben ein Manifest erlassen, aus welchem wir folgende Sätze als charakteristisch mittheilen: „Alles verläuft gut und ordnungsmäßig. Die Herrschaft der Türken über die Rajah ist neuerdings befestigt worden. Der Sultan, der Bruder der Sonne, der Vater des Mondes und Kaiser aller Kaiser, hat allen Königen des Abendlandes erklärt, daß er den Rechtgläubigen das Herrscherprivilegium über die mit dem Schwerte unterworfenen Rajah nicht nehmen werde. Also wisset, in Bosnien hat Niemand als wir zu befehlen, und die Rajah muß uns gehorchen. Für ihren, seit Monaten bethätigten Ungehorsam muß sie bestraft werden.“

**Serbien.** Die serbischen Kreise Merinas, Sajitschar und Knajuschewag haben unter den Kriegsereignissen fürchterlich gelitten. Merinas ist nahezu ganz vom Erdboden verschwunden, während Sajitschar und Knajuschewag größtentheils abgebrannt sind. Es sind bei 100,000 Menschen obdachlos und brodtlos geworden. Die erste Sorge der Regierung wird sein, die erwähnten Städte und über 200 zerstörte Dörfer wieder aufbauen zu helfen. Wie verlautet, dürfte eine serbische Specialcommission aus Staatsrathen und Administrationsbeamten an Ort und Stelle abgehen, um die Totalhöhe der durch die kriegerischen Ereignisse verursachten Schäden festzustellen und gleichzeitig den Impuls zu den unumgänglich nothwendigen Vorarbeiten zu geben.

**Rumänien.** Die Deputirtenkammer hat das Generalbudget pro 1877 angenommen und der Fürst dasselbe sanctionirt. Das Budget schließt in den Einnahmen mit 81 Millionen und in den Ausgaben mit 87 1/2 Millionen Francs ab.

### Ausland.

**Schweiz.** Das Verner Volk hat bei der am Sonntag stattgehabten Abstimmung den Gesetzentwurf, betreffend den Anlauf der Bern-Luzerner Eisenbahn, mit 43,000 gegen 30,000 Stimmen genehmigt.

**Oesterreich.** Die „Deutsche Ztg.“ will aus diplomatischen Kreisen folgende interessante Mittheilungen erhalten haben: „In Petersburg hat man sichhaltige Gründe, den General Ignatieff für den Mann der Action, d. h. für den Nachfolger Gortschakoff's im Fall eines Krieges zu halten. Seine gegenwärtige Reise ist ausschließlich eine Inspectionsreise, er soll die Stimmung der Höfe prüfen und ganz besonders „aushorchen“, wie die beiden besten Freunde Rußlands, Frankreich und Deutschland, über den Krieg denken. Von letzterem verlangt er ganz besondere Garantien in Bezug auf die Haltung Oesterreichs, mit anderen Worten: Deutschland soll es übernehmen, Oesterreich im Schach zu halten, falls Rußland in Bulgarien einmarschirt. Als bestimmt kann angenommen werden, daß der Krieg nicht vor Beginn des Monats Mai ausbrechen werde.“

**Frankreich.** Aus Paris wird geschrieben: Die politische Bedeutung der Reise Ignatieff's reducirt sich immer mehr. Am letzten Sonnabend hatte er noch eine schwache Hoffnung, nach London eingeladen zu werden, was auf ein entgegenkommendes Einlenken des englischen Cabinets hindeuten und die Friedensaussichten erheblich verstärken würde. Wenn diese Hoffnung sich nicht erfüllt, kann man Rußlands diplomatische Bemühungen, wofen diese je Ernst gemeint waren und nicht blos das Frühjahr zu gewinnen helfen sollten, für erschöpft ansehen und die Eröffnung der Feindeligkeiten für April, spätestens Mai zu gewärtigen. Dies sind Ansichten und Berechnungen besunterrichteter Personen hier.

Der russische Botschafter Ignatieff reist Donnerstag von Paris direct über Berlin nach Petersburg zurück. Die Verhandlungen zwischen Rußland und England sind nicht abgebrochen; indeß zieht das Cabinet von St. James den directen Weg durch Vermittelung der beiderseitigen Botschafter vor.

Der Senat hat den Candidaten der bonapartistischen Partei, Dupuy de Lôme mit schwacher Majorität zu seinem ständigen Mitgliede gewählt.

**Italien.** In einem vom Papste am 12. d.

abgehaltenen Consistorium wurden 11 Bischöfe zu Cardinälen ernannt. Die Cardinäle Amatori, Morichini und di Pietro wurden auf zum Sprengel Roms gehörige Sitze versetzt. Ferner wurden noch neun Bischöfe ernannt.

England. Der Lordmayor von London machte im Mansion-House bekannt, daß er im Hinblick auf den in den Schifferannalen Großbritannien ohne Gleichen dastehenden Menschenverlust einen Hilfsfonds eröffnen werde. Bei den jüngsten Nordseestürmen seien 36 nach Dartmouth, Lowestoft, Grimsby, Hull und Rainscoe gehörige Fischeböden verloren gegangen, nicht weniger als 215 Menschen erkrankt, welche 88 Witwen mit 164 Kindern und 15 bejahrten Verwandten gänzlich hilflos hinterlassen haben.

Das Cabinet trat am Dienstag zusammen, um sich über das von Rußland vorgelegene Protokoll schlußlich zu machen. — Gladstone hat in Betreff der Orientfrage eine neue Broschüre veröffentlicht, in welcher besonders darauf hingewiesen wird, daß die Art, wie die türkische Regierung sich den Urhebern der Gräueltathen in Bulgarien gegenüber verhalte, ganz unzweifelhaft zu einer Wiederholung solcher Missetheuen ermuntere. Die Schuld der türkischen Regierung liege klar am Tage und eine Einschränkung ihrer Administrationsbefugnisse müßte als geradezu unerlässlich betrachtet werden. Wenn man derselben zu freiwilliger Durchführung von Reformen eine einjährige Frist zugestehen, so heiße das nichts weiter, als den entwürdigenden Zustand und das Gland der christlichen Bevölkerung in der Türkei noch um ein weiteres Jahr verlängern.

Reuter's Bureau meldet aus Südafrika den Abschluß eines Friedens zwischen Transvaal und Secocoenis, die Anerkennung der Souveränität der Transvaalrepublik und die Zahlung einer Kriegentschädigung Secocoenis. Amerika. Der Senat hat fast einmüthig die Ernennung der vom Präsidenten vorgeschlagenen Cabinetsmitglieder die Bestätigung erteilt.

### Aus der Provinz.

Auf dem Rittergute Schneckenberg bei Delitzsch ist die Lungenpeuche unter dem Kinde des Ausgebrochen und mußte der ganze Bestand getödtet werden. Dasselbe mußte vor Kurzem auf dem Rittergute Storkwitz geschehen.

In Brinnis bei Delitzsch, sowie in Freyburg a. L. ist auf je einem Gehöft der Ausbruch der Pockenkrankheit unter den Pferden constatirt und die gesetzliche Sperre verhängt worden.

In Erfurt sind von 164 Zeichnern bis jetzt 92,100 Mark für den neuen Theaterbau ausgebracht worden und gerade der „gute Mittelstand“ hat sich stark an den Zeichnungen beteiligt.

In Vibra soll am 1. Juli eine höhere Schule eröffnet werden, deren Zweck es ist, für die Mittelklassen der Gymnasien und Realschulen vorzubereiten.

Aus der Provinz Sachsen sind die Herren Rittergutsbesitzer Wallradt Rudolf von Biel auf Zitzsch bei Freyburg a. d. L. und der Premierlieutenant a. D. und Kreisdeputirte Wilhelm August von Marschall auf Altengotttern bei Großgotttern, aus dem benachbarten Jena der Legationssecretär Wolf von Tümpel zu Ehrenrittern des Johanniterordens ernannt worden.

Halle. Am 22. März d. J. Mittags 1 1/2 Uhr findet auf hiesigem Marktplatz die Feier der Grundsteinlegung zum Siegesdenkmal unter Theilnehmung der Behörden, des Militärs und der Kriegervereine statt. Hr. Bürgermeister v. Jagow wird die Feirede halten.

Dommissa, 10. März. Nach langer und schwerer Arbeit ist es gestern Abend 6 1/2 Uhr gelungen, den am 1. März verschütteten Steig, die jetzt seinem nassen und schaurigen Grade gestreift. Der Tod hatte ihn in fast stehender Stellung erteilt und muß unmittelbar nach der Katastrophe eingetreten sein. (Fortsetzung auf der Beilage.)

### Civilstands-Büchse der Stadt Merseburg.

Vom 5. bis 11. März 1877. Geboren ein Sohn: dem Pambelm. Sünde an Bennedenstein; dem Pdb. Dolge; dem Fabricar. 200





**Naumburg, 12. März.** Ein überaus seltener Fall jugendlicher Verirrungen gelangte am Mittwoch zur Verhandlung bei der Criminalabtheilung des hiesigen Kreisgerichts. Die Knaben K. und L. aus Weisensfeld und J. aus Halle, alle drei bisher ganz unbescholten und Kinder bei mütterlicher, hochgebildeter Eltern, hatten aus vier verschiedenen Kaufläden Gegenstände der verschiedensten Art, wie Meerschamupfen, Schlüpfe, Portemonnaies u. s. w. entwendet. Die Knaben wurden unter Anrechnung ihres jugendlichen Alters und ihrer bisherigen Unbescholtenheit zu 10 und 7 Tagen Gefängnis verurtheilt.

## Localnachrichten.

Merseburg, den 14. März 1877.

V-s. Bei den in voriger Woche hieselbst abgehaltenen Prüfungen trugen die Resultate ein wesentlich verschiedenes Gepräge an sich. Das Freiwilligenexamen vor der kgl. Regierung lieferte wie so oft, den eclatanten Beweis dafür, daß junge Leute mit ihren auf sog. „Pfeffen“ — wie mehrere in unserer Nachbarstadt Halle floriren — in Eile zusammengerafften Kenntnissen nicht annähernd genügen. Denn von den 35 Candidaten bestanden — horribile dictu — nur fünf das Examen. — Dagegen zeigte das Abiturientenexamen am hiesigen Gymnasium, was jahrelanger, treuer Fleiß für schöne Früchte zeitigt; sämtliche 8 Abiturienten, Namens Lohz, Ezlgion, Hauslein, Merseburg, Drexler, Merseburg, v. Hülsen, Merseburg, Hundorf, St. Ulrich, Thölde, Sangerhausen, Koch, Guben, Witzsche, Merseburg, bestanden unter dem Vorsitz des Provinzial-Schulraths Herrn Dr. Todt aus Magdeburg und des Dompropstes Excellenz Herrn von Wigelieden glänzend das Examen. Sogar einer, Drexler, wurde in Anbetracht seiner moralischen Führung und seines außerordentlichen Fleißes von der mündlichen Prüfung dispensirt.

\*\* Auf heutigem Wochenmarkte wurde eine auswärtige Handelsfrau von Kindesobhut überfallen und fand deshalb in einem benachbarten Hause schleunige Aufnahme.

Der Förster Reinhardt in Schlopau hat dieser Tage in einer Kaufhalle einen schönen Dachs gefangen und denselben lebend in seine Behausung gebracht. Hr. Reinhardt macht sich ein Vergnügen daraus, Liebhabern der Thierwelt dieses in seinem Wesen sehr possirliche Thier zu zeigen.

## Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung vom 12. März 1877.

Vor dem Eintritt in die heutige Tagesordnung macht der Vorsitzende, Dr. Krieg, der Versammlung Mitteilung von einer Einladung des Hrn. Rector Bloß zu den bevorstehenden Prüfungen der städtischen Schulen und bringt ferner zur Kenntniß, daß sowohl der neu aufgestellte Plan zur Tilgung der Gasanstalts-Baukosten, wie auch die Vorlage, betr. die Verwendung von 20,000 Mark aus den Ueberschüssen der Sparkasse zu Straßen-Pflasterungen, die Genehmigung des Hrn. Oberpräsidenten der Provinz erhalten hat.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung referirt der Stadt. Kops. Derselbe betrifft eine Eingabe des Gemeindefürsentraths der Vorstadt Neumarkt, welche die städtischen Behörden ersucht, die seit 1875 fälligen Abzahlungen auf die obiger Gemeinde zur Vergrößerung ihres Friedhofes u. s. w. aus der Sparkasse gleichen 2700 Mk. wegen des ungenügenden Standes der Kirchenkasse bis zum Jahre 1878 zu stunden, von welcher Zeit ab die Amortisation von jährlich 600 Mk. wieder regelmäßig erfolgen soll. Der Magistrat hat die Vorlage mit dem Vorbehalte regelmäßiger Zinsenzahlung genehmigt und wird der ebendahin gehende Antrag des Referenten mit großer Majorität angenommen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betrifft die Neuanstellung einer Lehrerin an der höheren Mädchenschule und die Ueberweisung des Konferenzzimmers an die städt. Führer- und heimathlose IV. Klasse derselben. Referent ist der Stadt. Hoffmann. In längerem Vortrage giebt der

selbe ein Bild der Entwicklung des Instituts und seiner günstigen finanziellen Erfolge, die bisher jedes Opfer machten und stellt schließlich den Antrag: vom 1. April 1877 ab eine für höhere Mädchenschulen gerüstete Lehrerin mit einem jährl. Gehalt von 900 Mk. anzustellen, der IV. Klasse der höheren Mädchenschule das Conferenzzimmer zu überweisen und einzurichten und die hierdurch entstehenden Kosten zu bewilligen. Hieran schließt sich eine lebhafte Discussion zwischen dem Stadt. Wölffel und dem Bürgermeister Reinefarth. Ersterer wünscht, bei künftigen Wahlen von städtischen Beamten die Befugnisse der Versammlung Seitens des Magistrats dahin aufzufassen, daß letzterer gemäß dem Wortlaute der Städteordnung erst „nach Anhörung der Stadtverordneten-Versammlung“ die Beamten anstellt und nicht, wie dies bisher üblich gewesen, das in dieser Hinsicht so wie so schon auf das geringste Maas beschränkte Recht der Stadtverordneten auf die Reminiscenznahme der bereits erfolgten Wahl reducirt. Bürgermeister Reinefarth macht in seiner Entgegnung für das bisherige Verfahren praktische Gründe geltend und fürchtet, das bei dem häufigen Wechsel der städtischen Beamten die jetzmalige Besprechung einer bevorstehenden Wahl für die Stadtverordneten-Versammlung beschwerlich und lästig werden würde. Auch sei es bei notwendigen und schleunigen Anstellungen überhaupt nicht rathlich, jedesmal bis zum Zusammenkunft der nächsten Versammlung zu warten.

Stadt. Wölffel widerlegt die Argumente seines Vorredners und vermahnt sich gegen hierbei um ein Prinzip hanteln, da das statgehabte Verfahren bei Gelegenheit der Anstellung eines Stadtbauweisers der Würde der Versammlung nicht entsprechend sei. Nach einer Erklärung des Bürgermeisters Reinefarth, künftighin die Praxis dem ausgesprochenen Wunsche gemäß befolgen zu wollen, wird die Debatte geschlossen und der Antrag des Referenten angenommen.

Hierauf referirt der Stadt. Witzsche über die von der kgl. Regierung genehmigte Abänderung der Steuer-Hebetermine und den Stand der städtischen Cassen. Danach stellt sich in Betreff der letzteren die Nothwendigkeit heraus, für das Geschäftsjahr 1877/78 eine Erhöhung der Einnahmen herbeizuführen und beantragt Referent, vom 1. April d. J. ab zur Klassen- und flackerierten Einkommensteuer einen Aufschlag von 150 Prozent, zur Grund- und Gebäudesteuer einen Aufschlag von 75 Prozent und außerdem einen solchen von 25 Prozent zur Deckung der Ausmietungskosten der hiesigen Garnison zur Erhebung kommen zu lassen. Der Antrag wird ohne Widerspruch angenommen.

Der nächste Punkt betrifft den mit dem Fiscus abgeschlossenen Vertrag wegen der Verbreiterung des Bürgersteigs in der Gotthardtsstraße und die Vergütung desselben mit Steinplatten. Die kgl. Regierung hat an denselben einige, vom Magistrat als unweentlich erachtete Abänderungen vorgenommen und werden dieselben auf Antrag des Referenten, Stadt. Wolny, von der Versammlung genehmigt.

Als letzten Gegenstand der Tagesordnung legt der Stadt. Steffenhagen im Auftrage der Rechnungs-Revisions-Commission die Spar- und Kammereinfachen-Rechnungen für das Jahr 1875 vor. Alle kleineren Monitas mit Genehmigung der Versammlung übergibt, bringt Referent nur einige von principeller Bedeutung zur Abtammung und wird hierauf der Sparkassenrechnung pro 1875 Decharge ertheilt. Bei der Kammerrechnungs-rechnung constatirt Referent eine Cassenüberziehung von 265 Mk., welche durch die Benutzung von Briguettes zur Feuerung entstanden zu sein scheint. Auf Antrag des Stadt. Wölffel wird in Folge der ungenügenden Motivirung dieser Mehrausgabe der Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt, um denselben in einer späteren Sitzung in Verbind-

ung mit der Schulkassenrechnung nochmals vorzunehmen. Die Tagesordnung ist hiermit erledigt und geht die Versammlung zur geheimen Sitzung über.

## Aus dem Kreise Merseburg.

\*\* Im Dorfe Zöllschken in Lützen wurde am Sonnabend die Leiche eines wohlhabenden Güterbesizers in Folge anonymer Anzeige wegen Verdachts des Kindesmordes verhaftet und gleichzeitig aufgefordert, zu der Stelle in der benachbarten Feldflur zu folgen, wo sie ihm im Februar d. J. heimlich geborenes Kind vergraben habe. Dieselbe leistete sofort Folge und bezeichnete selbst den Ort, wo die kleine Leiche bei näherer Untersuchung von dem Gensarmen gefunden wurde. Die Schuldige ist natürlich gefänglich eingezogen und wird über den weiteren Thatbestand, sowie die bei dem Verbrechen noch etwa Beiheligen die gerichtliche Untersuchung nähere Aufklärung geben.

\*\* Der Invalide August Kutschker aus Dörschau ist am 7. d. M. als Fleischbeschauer verpflichtet worden.

Lützen, 12. März. Der hiesige Vieh- und Jahrmarkt wird nunmehr am 17., 19., und 20. d. M. stattfinden. Rindvieh, Schafe, Ziegen dürfen jedoch nicht zum Markte gebracht werden.

## Aus dem Kreise Querfurt.

Querfurt, 12. März. Die Noth um Arbeit kann doch wohl nicht so groß sein, wie allgemein bejammert wird; dafür spricht die Thatfache, daß mehrfach vollständige Werbbebüraus aufgethan werden müssen, um die erforderlichen Tagelöhnerkräfte für größere Bauausführungen zu gewinnen. Wir könnten mit mehrfachen Fällen dies nachweisen. Beispielsweise werden noch heute Arbeiter zum Hausbau Schafse nach Bad Döberlingen von dem Bauunternehmer gesucht, obgleich seit langer Zeit bekannt ist, daß mit dieser Arbeit, bei der eine Menge Hände Verdienst finden können, vorgegangen wird.

Laucha a. L., 11. März. Wie in den meisten Städten der Provinz Sachsen, so wird auch hier unter dem Namen Pflastergeld von jedem Gespanne oder ledigem Zugthiere, welches von auswärts in die Stadt kommt, eine Abgabe erhoben. Diese überaus lästige Steuer wird von jetzt ab hier nicht mehr eingefordert werden.

## Lotterie.

Berlin, 10. März. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der vierten Klasse der 155. preussischen Klassenlotterie fielen:

3 Gewinne à 15,000 Mk. auf Nr. 42201 64466	5 Gewinne à 6,000 Mk. auf Nr. 32453 34162 41898 66911 88810	34 Gewinne à 3,000 Mk. auf Nr. 97 2994 3111 5140 5326 7162 10392 11108 14264 15470 17354 19880 23730 26563 28314 32260 43314 46546 46951 47166 48156 49705 59339 62654 64923 65596 67058 71621 72999 73060 77378 80608 85356 91437
Bei der am 12. März fortgesetzten Ziehung der vierten Klasse 155. preussischer Klassenlotterie fielen: 2 Gewinne à 15,000 Mk. auf Nr. 8243 43749. 1 Gewinn à 6,000 Mk. auf Nr. 76781.	43 Gewinne à 3,000 Mk. auf Nr. 416 1562 1569 1657 8197 8582 9898 12031 13765 14233 16157 17358 20326 24846 26723 27290 28756 34798 36973 37801 40215 40736 43652 53779 57543 57676 61281 61665 62405 62483 64796 67446 69875 73032 73935 78026 82491 83159 85324 86191 89992 92441 93943.	

## Vermischtes.

\* Das kaiserliche Reichspostamt bereitet, wie das Leipz. Tglbl. hört, zu dem 80. kaiserlichen Geburtstage ein äußerst sinnreiches und prachtvolles Werk mit der Darstellung aller Verkehrsmittel von den ersten Anfängen der Cultur bis auf unsere Tage vor. Dem Kaiser wird das erste reich ausgestattete Exemplar an seinem denkwürdigen Ehrentage überreicht werden.  
\* In Reichmannsdorf bei Gera hat ein umherziehender Lauscher einem Kinde von seinen Filzen gegen Würmer eingegeben, an welchen dasselbe gestorben ist. Die Obduction der Leiche ergab, daß die Filzen geradezu Giftstoffe enthielten. Der Wunderdoktor ist natürlich eingestekt worden.  
\* Die Berliner Parochialberichte schildern den Nothstand unter den arbeitslosen Klassen in den Vorstadtgemeinden als einen geradezu entsetzlichen. Tag ein, Tag aus werden die Seelenjäger von Frauen mit Bitten um Brod für ihre hungernden Kinder besüßt und die Selbstmorde aus Mangelungsgerne nehmen in erschreckender Weise überhand. In der Nazarethgemeinde ist ein Abendgottesdienst eingerichtet, um verarmten Armen, denen



# Merseburger Correspondent.

Erscheint:

Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend früh 7 Uhr.  
Inserate: Die dreizehnpalt. Beizeile 6 Pfg.  
Expedition: Mälzerstraße 8.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:

pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark  
20 Pfg. durch den Herumträger. — 1 Mark  
25 Pfg. durch die Post.

№ 32.

Donnerstag den 15. März.

1877.

## Die erste Berathung des Reichshaushalts

hat die vielerörterte Frage einer Reorganisation der Reichsbehörden wieder einmal in den Vordergrund gedrängt. Insbesondere wurde allseitig die Nothwendigkeit einer Reorganisation der Finanzverwaltung anerkannt. Schon äußerlich zeigt sich die mangelhafte Einrichtung der Finanzverwaltung des Reichs im Vergleich zu der preussischen sehr zu Ungunsten der ersteren, indem der preussische Etat jedesmal rechtzeitig fertig ist, der Reichsstat aber niemals. Man wird den Personen im Reichskanzleramt daraus keinen Vorwurf machen können, sondern die Schuld liegt an der ungenügenden Organisation. Gravezunehmend wird der Mangel an einer wirksamen, verantwortlichen, selbstständigen, mit Initiative ausgestatteten Finanzverwaltung, wenn man einer systematischen Reform des Reichssteuerwesens, die doch jedes Jahr als eine unabwendbare Nothwendigkeit anerkannt wird, näher zu treten versucht. Es ist, wie der Abg. Kaiser sagte: „Nur im Zusammenhänge des Ganzen, nur mit der klaren Uebersicht, wohin man mit dem gesammten Finanzsystem hinauswolle, kann man diese schwierige Arbeit in die Hand nehmen und dazu ist ein mit wirklichen Attributen der Regierung ausgestatteter Repräsentant der Reichsverwaltung nothwendig, ein verantwortliches Reichsministerium, und zwar nicht dem Namen, sondern dem Inhalte und der Sache nach.“ Wenn Fürst Bismarck dagegen den Einwand machte, daß Reichsministerien ohne von der Macht eines Einzelstaates geschützt zu sein bedeutungslos und einflusslos behörden seien, deren Ansprüche und formale Berechtigung mit ihrem praktischen Wirkungsbereich nicht im Einklang ständen, die im Kampf mit den partikularistischen Interessen sich aufreiben und gegenüber dem geschlossenen, auf thatsächliche Macht gegründeten Ring der Einzelstaaten ohne feste Wurzeln in der Luft schweben würden: so sind diese Bedenken gewiß sehr gerechtfertigt und das mehrfach citirte Beispiel des Reichsfinanzministeriums kann eine Warnung sein. Die Reichsämtler dürfen nicht von der naturgemäßen Wurzel losgelöst werden; sie müssen in engster Verbindung mit den entsprechenden Behörden des größten Bundesstaats, Preußens, verbleiben. Das Finanz- und Verkehrsweisen, die wirtschaftliche Politik des Reichs kann nur in Uebereinstimmung mit den entsprechenden preussischen Verwaltungen geleitet werden. Aber heute ist das nicht in hinlänglichem Maße der Fall. Der preussische Finanzminister sieht der Reichsfinanzverwaltung nicht anders gegenüber als der Repräsentant eines beliebigen Bundesstaats; er war nicht einmal bei der Staatsberathung anwesend, und so mußte die große Frage der Finanz- und Steuerreform des Reichs verhandelt werden, ohne daß irgend eine Person klar und bestimmt und vor der Nation verantwortlich die Ziele und Grundsätze entwickelt hätte, von denen die Reichsverwaltung geleitet wird. Die Ungefundtheit und nothwendige Unsicherheit der heutigen Organisation drängt sich auf Schritt und Tritt in der überzeugendsten Weise auf und eine Reform in dieser Hinsicht ist die erste Vorbedingung, wenn wir das Finanzwesen des Reichs auf festen gesunden Grundlagen herstellen wollen. Uebrigens macht der specielle vorliegende Etat, so weit es sich bis jetzt übersehen läßt, keine

erheblichen Schwierigkeiten; es wird gelingen, in der früher angebotenen Weise, durch leichte Finanzoperationen und einige Ersparnisse das Deficit um mindestens die Hälfte zu verringern und die Partikularbeiträge auf einen so geringen Mehrbetrag herabzusetzen, daß die Einzelstaaten nicht allzusehr beschwert werden.

## Deutschland.

Berlin. Der Kaiser und die Kaiserin hatten sich am Sonnabend Vormittag nach dem Augusta-Hospital begeben, um in der dortigen Capelle dem Gottesdienste beizuwohnen. Nachmittags unternahm der Kaiser und die Kaiserin Spazierfahrten und folgten dann einer Einladung des Kronprinzen und der Kronprinzessin zum Diner. Abends wohnte der Kaiser der Vorhellung im Dpernhaus bei.

Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers haben ihre Ankunft in Berlin, dem Vernehmen nach, bereits angemeldet: der König und die Königin von Sachsen, der Großherzog und die Großherzogin von Baden nebst Familie, der Herzog, die Herzogin und die Prinzessin Elisabeth von Anhalt, der Prinz Friedrich der Niederlande, der Fürst zu Wied, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Hohenzollern und der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt u. Außerdem steht aber zu diesem Tage die Ankunft noch vieler anderer Gäste zu erwarten, so daß zu den diesjährigen Geburtstagsfeierlichkeiten die auswärtigen Fürsten noch zahlreicher erwartet sein werden.

Der Reichshaushalt für das nächste Jahr wird demnächst veröffentlicht werden. Die Beschlüsse der Reichsversammlung über den Etat des Reichs für das nächste Jahr werden demnächst veröffentlicht werden. Die Beschlüsse der Reichsversammlung über den Etat des Reichs für das nächste Jahr werden demnächst veröffentlicht werden.

Die Reichsversammlung hat demnächst ihren Sitz in Berlin genommen. Die Reichsversammlung hat demnächst ihren Sitz in Berlin genommen. Die Reichsversammlung hat demnächst ihren Sitz in Berlin genommen.

Die Reichsversammlung hat demnächst ihren Sitz in Berlin genommen. Die Reichsversammlung hat demnächst ihren Sitz in Berlin genommen. Die Reichsversammlung hat demnächst ihren Sitz in Berlin genommen.

lassung erbeten habe. Veranlaßt wurde er zu diesem Schritt, wie es weiter heißt, durch die Kritik des Fürsten Bismarck über die Marineverwaltung in der Sitzung am letzten Sonnabend. Man erzählt, der Abg. Graf Moltke lasse es sich angelegen sein, den ausgebrochenen Conflict auszugleichen. In seiner letzten Sonnabendrede hatte der Fürst sein Gehl daraus gemacht, daß ihm der Minister v. Stosch consequent widerstrebt und daß er, der Fürst, auf die Entscheidungen des Chefs der Marineverwaltung keinen Einfluß auszuüben vermocht hätte. In dieser Darlegung des Kanzlers soll der Minister v. Stosch ein zu rücksichtsloses Urtheil über seine Geschäftsführung erblickt haben.

Die Montags-Verhandlungen des Reichstages über den Haushaltsetat erstreckten sich zugleich auf den Antrag Richter (Hagen), welcher eine Reihe von Ausgaben auf den Invalidenfonds anweisen will. Eine Episode bildeten die von Abgeordneten Besançon, dem früheren Bürgermeister von Metz, unter lautloser Stille verlesenen Klagen über die Lage von Lothringen. Der conservativ Abgeordnete v. Kleist-Rekowski unterhielt das Haus mit einer sprudelnden Lobrede auf die indirecten Steuern.

Die Interpellation Richter-Weissen wegen Revision der Gewerbeordnung wurde, nachdem der Interpellant sie durch ein ebenso allgemein gehaltenes wie düsteres Stimmungsbild begründet hatte, von dem Präsidenten des Reichskanzleramts im Wesentlichen dahin beantwortet, daß die Reorganisation in der gegenwärtigen Session nur ein unbedeutendes Gesetzmäßig Ergänzung des Verzeichnisses der concessionspflichtigen Gewerbeunternehmungen, später aber einige weitere Vorschläge auf Grund der gemachten Enquete vorzulegen gedenken. Der übermäßigen Ausdehnung des Handels durch Ausländer sei neuerdings durch eine Verordnung begegnet worden. Aus der sehr unterhaltenden, aber wenig fruchtbaren Debatte sei nur noch die Erklärung des Abg. Lasfer, welche derselbe Namens einer Anzahl seiner Parteigenossen abgab, hervorgehoben: daß sie auf dem Boden der Gewerbeordnung stehend, das Bedürfnis anerkennten, die bessere Hand anzulegen, und deshalb damit beschäftigt seien, Grundlagen für ein Gesetz zur Ergänzung einzelner Lücken vorzubereiten, daß sie sich aber dabei auf diejenigen Punkte beschränken würden, welche in erster Linie die Lehrlingsfrage. Sie seien sich aber der Schwierigkeiten vollauf bewußt, und er bitte deshalb, die Berathung des von conservativer Seite eingebrachten Gesetzentwurfs noch eine kleine Weile hinauszuschieben.

In der Sitzung vom Dienstag beschäftigte sich der Reichstag mit der Interpellation des Abg. von Komierowski, betr. die seit dem 27. November 1876 andauernde Haft des Redacteure Dr. Kantack in Posen wegen Zeugnissverweigerung, und trat hierauf in die zweite Staatsberathung ein. An der Debatte über den Etat des Reichskanzleramts, wobei die Frage der verantwortlichen Reichsminister vom Abg. Hanke aufgeworfen wurde, theilnahmen auch der Reichskanzler Fürst Bismarck, die Abgg. La